

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F02
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	b4gille
NO_DOC_EXT:	2017-109209
SOFTWARE VERSION:	9.5.4
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	s.gillert@stadtwerke-arnsberg.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Arnsberg
Rathausplatz 1
Arnsberg
59759
Deutschland
E-Mail: s.gillert@stadtwerke-arnsberg.de
NUTS-Code: DEA5

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.arnsberg.de
Adresse des Beschafferprofils: <https://www.subreport-elvis.de>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport-elvis.de>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport-elvis.de>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

TGA-Planung Sanierung Rathaus Arnsberg

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71321000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Arnsberg beabsichtigt die Sanierung des Rathauses Arnsberg (Baujahr 1965-68); NF ca. 6.900 m²). Schwerpunkte sind dabei die energetische Sanierung, die Fassadengestaltung, die Ausbildung der Besucherzonen, eine Neugestaltung der Bürolandschaft sowie die Herstellung von Barrierefreiheit. Die Belange des nachhaltigen Bauens erfahren besondere Berücksichtigung. Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens sollen -stufenweise- die Leistungsphasen 1 bis 9 für die Fachplanung zum Leistungsbild Technische Ausrüstung (§ 53 HOAI) für die Anlagengruppen 1 bis 6 und 8 vergeben werden. Die

Objektplanungsleistungen zu den Leistungsbildern Gebäude und Freianlagen sind derzeit Gegenstand eines Planungswettbewerbs nach RPW 2013, an den sich Verhandlungsverfahren mit den Preisträgern anschließen werden.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71321200

71321300

71321400

71247000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA5

Hauptort der Ausführung:

Arnsberg, Stadtbezirk Hüsten

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens sollen -stufenweise- die Leistungsphasen 1 bis 9 für die Fachplanung zum Leistungsbild Technische Ausrüstung (§ 53 HOAI) für die Anlagengruppen 1 bis 6 und 8 vergeben werden. Die Objektplanungsleistungen zu den Leistungsbildern Gebäude und Freianlagen sind derzeit Gegenstand eines Planungswettbewerbs nach RPW 2013, an den sich Verhandlungsverfahren mit den Preisträgern anschließen werden.

Die ehemals selbstständige Stadt Neheim-Hüsten hat von 1965 bis 1968 ein neues Rathaus errichtet, das an der Nahtstelle zwischen den beiden Stadtteilen Neheim und Hüsten zusammen mit dem Bahnhof, dem Schulzentrum und weiteren geplanten, aber nie realisierten Einrichtungen ein neues Stadtzentrum bilden sollte. Seit dem Zusammenschluss von Neheim-Hüsten, Arnsberg und 12 weiteren Gemeinden im Zuge der 1975 erfolgten kommunalen Neugliederung stellt das Gebäude den zentralen Verwaltungssitz der Stadt Arnsberg dar, an dem ca. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten.

Nach 50 Nutzungsjahren bedarf das aus einem Bürohochtrakt und einem Flachtrakt bestehende Gebäude nun einer grundlegenden Sanierung. Insbesondere der Energieverbrauch und die Barrierefreiheit entsprechen nicht mehr aktuellen und zukünftigen Anforderungen. Auch die Arbeitsplatz- und Aufenthaltsbedingungen für Beschäftigte und Besucher sollen durch eine Optimierung der räumlichen Qualitäten verbessert werden. Darüber hinaus soll sich das unmittelbar an der Ruhr liegende Rathaus künftig verstärkt der Stadt und ihren Bürgern öffnen – zum einen durch die Nutzung von freien Flächenpotenzialen im Gebäude für soziale und kulturelle Gruppen und Vereine, zum anderen durch eine Aufwertung des Freiraumes mit besserer funktionaler Einbindung in den umliegenden Stadtraum. Diese Maßnahmen sind in die Zielstellungen des integrierten Handlungskonzeptes für das Stadtumbaugebiet Hüsten eingebunden.

Basierend auf ihrem Engagement für eine umweltbewusste und nachhaltige Stadt und im Bewusstsein ihrer baukulturellen Verantwortung zur Profilierung von Stadt und Region lobte die Stadt Arnsberg aktuell für die beschriebene Aufgabe einen interdisziplinären Realisierungswettbewerb aus.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
 Laufzeit in Monaten: 40
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) **Angaben zu Optionen**
 Optionen: ja
 Beschreibung der Optionen:
 Der Auftraggeber beabsichtigt eine stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen. Es werden mit Vertragsschluss zunächst nur die Leistungsphasen 1 bis 3 beauftragt. Die weiteren Leistungsphasen sollen optional (stufenweise) später beauftragt werden. Die Einzelheiten zu dieser optionalen Beauftragung, insbesondere zur Art und Weise einer möglichen Weiterbeauftragung, sind den Bestimmungen in § 3 des Vertrages zu entnehmen. Ein Anspruch auf Folgebeauftragung besteht nicht. Die Folgebeauftragung ist für den Fall, dass das Vorhaben ohne grundlegende Veränderungen und im Rahmen der kalkulierten Kosten weiter durchgeführt werden kann, aber beabsichtigt.
- II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**
- II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
 Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**
 Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
 Nachweis der Berufsqualifikation als Ingenieur/in, siehe III.2.1, und zwar sowohl für die Fachrichtung Versorgungstechnik als auch für die Fachrichtung Elektrotechnik. Zur Nachweisführung siehe III.2.1. Es macht keinen Unterschied, ob eine Person beide Berufsqualifikationen aufweist oder ob für beide Berufsqualifikationen unterschiedliche Personen benannt werden, solange die benannten Personen Mitinhaber des Büros des Bieters (bzw. eines der Bietergemeinschaft angehörenden Büros) sind bzw. bei einer juristischen Person als verantwortliche berufsangehörige Person angestellt sind.
 Der Bieter kann sich im Wege der Eignungsleihe auf die Qualifikation anderer Unternehmen gemäß § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV nur dann berufen, wenn diese Unternehmen die entsprechenden Arbeiten selbst ausführen.
- III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
 Eignungskriterium für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist der durchschnittliche Jahresgesamtumsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.
 Zur Nachweisführung genügt eine entsprechende Eigenerklärung.
- III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
 1. Referenzen des Büros im Bereich HLS, bei denen mindestens die LPhen 2, 3, 5, 6 und 8 der TGA-Planung zu den Anlagengruppen 1 bis 3 entspr. § 53 Abs. 2 HOAI für den Umbau oder die Modernisierung

eines Gebäudes bearbeitet wurden (bei Anlagengruppe 3 zusätzlich LPh 4) und (von ggf. baubegleitenden Änderungen abgesehen) abgeschlossen sind, das Objekt in den drei genannten Anlagengruppen in Honorarzone II oder III fiel, sich die Baukosten in den Kostengruppen 410, 420 und 430 zusammen auf mindestens 1 Mio. € (o. MWSt.) beliefen und noch nach dem 01.09.2012 Planungsleistungen erbracht wurden, die der Bauabnahme vorausgingen.

2. Referenzen des Büros im Bereich ELT/NT, bei denen mindestens die LPhen 2, 3, 5, 6 und 8 der TGA-Planung zu den Anlagengruppen 4 und 5 für den Umbau oder die Modernisierung eines Gebäudes bearbeitet wurden und (von ggf. baubegleitenden Änderungen abgesehen) abgeschlossen sind, das Objekt in beiden genannten Anlagengruppen in Honorarzone II oder III fiel, sich die Baukosten in den Kostengruppen 440 und 450 zusammen auf mindestens 750.000 € (o. MWSt.) beliefen und noch nach dem 01.09.2012 Planungsleistungen erbracht wurden, die der Bauabnahme vorausgingen

3. Referenzen des Büros aus dem Bereich MSR, bei denen mindestens die LPhen 2, 3, 5, 6 und 8 der TGA-Planung zu Anlagengruppe 8 für ein Gebäude bearbeitet wurden und (von ggf. baubegleitenden Änderungen abgesehen) abgeschlossen sind, das Objekt in der genannten Anlagengruppe in Honorarzone II oder III fiel, sich die Baukosten in Kostengruppe 480 auf mindestens 100.000 € (o. MWSt.) beliefen und noch nach dem 01.09.2012 Planungsleistungen erbracht wurden, die der Bauabnahme vorausgingen.

4. Angabe der Anzahl (Vollzeitstellen-Äquivalent) von Ingenieuren (m/w) im Bereich Fachplanung technische Ausrüstung, gegliedert nach den Bereichen HLS und ELT/NT.

Zur Nachweisführung genügen jeweils entsprechende Eigenerklärungen.

Der Bieter kann sich im Wege der Eignungsleihe auf Referenzen anderer Unternehmen gemäß § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV nur dann berufen, wenn diese Unternehmen die entsprechenden Arbeiten selbst ausführen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Bewerber müssen -ggf. im Wege der Eignungsleihe gem. § 47 Abs. 1 VgV- zu den Ziffern 1 bis 3 jeweils mindestens 1 Referenz, die sämtliche genannten Anforderungen erfüllt, vorweisen, sonst gelten sie als nicht hinreichend geeignet.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen werden gemäß § 75 Abs. 1 und 2 VgV nur Bewerber, die nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die oben beschriebenen Zulassungsvoraussetzungen erfüllt.

Zum Nachweis der Berufsqualifikationen als Ingenieur/in der Fachrichtung Versorgungstechnik und als Ingenieur/in der Fachrichtung Elektrotechnik sind entweder entsprechende Studiennachweise oder Bescheinigungen über die Kammermitgliedschaft einzureichen. Juristische Personen haben den entsprechenden Nachweis für die von ihnen benannte verantwortliche berufsangehörige Person einzureichen. Es genügt zunächst die Vorlage einer entsprechenden elektronischen Kopie (Scan). Das Original ist auf Verlangen vorzulegen.

Es macht für die Beurteilung der Bieterreignung keinen Unterschied, ob eine Person beide Berufsqualifikationen aufweist oder ob für beide Berufsqualifikationen unterschiedliche Personen benannt werden, solange die benannten Personen Mitinhaber des Büros des Bieters (bzw. eines der Bietergemeinschaft angehörenden Büros) sind bzw. bei einer juristischen Person als verantwortliche berufsangehörige Person angestellt sind.

- III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**
Für die Vergabe öffentlicher Aufträge in Nordrhein-Westfalen gilt das Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG) NRW. Vom Bestbieter sind vor Zuschlagserteilung die erforderlichen Verpflichtungserklärungen nach dem TVgG NRW vorzulegen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**
Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) **Beschreibung**
- IV.1.1) **Verfahrensart**
Offenes Verfahren
- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 20/09/2017
Ortszeit: 10:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 10/11/2017
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 20/09/2017
Ortszeit: 10:00
Ort:
Stadt Arnsberg, Beschaffungsmanagement/Vergaben, Zimmer 0.03, Nedereimerfeld 22, 59823 Arnsberg
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Die Öffnung der Angebote wird von mindestens zwei Vertretern des öffentlichen Auftraggebers gemeinsam an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen (§ 55 Abs. 2 VgV).

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Kommunikation während der Angebotsfrist erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform www.subreport-elvis.de (Bieterkommunikation). Rückfragen werden durch Bewerberinformationsschreiben beantwortet. Über diese Bewerberinformationsschreiben werden unaufgefordert nur die Interessenten benachrichtigt, die sich ausdrücklich bei www.subreport-elvis.de registriert haben. Alle übrigen Interessenten werden aufgefordert, regelmäßig die Internetseite von www.subreport-elvis.de aufzusuchen, um eventuelle Bewerberinformationsschreiben dort abzurufen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Westfalen
Albrecht-Thaer-Straße 9
Münster
48147
Deutschland
Fax: +49 251-4112165

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der unter VI.4.1) genannten Vergabekammer kann allenfalls bis zur wirksamen Zuschlagserteilung gestellt werden. Eine wirksame Zuschlagserteilung ist erst möglich, wenn der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes und den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, in Textform informiert hat und seit der Absendung der Information 15 Kalendertage (bei Versand per Telefax oder auf elektronischem Weg: 10 Kalendertage) vergangen sind.

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund dieser Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden

Teilt der Auftraggeber einem Bewerber oder Bieter mit, dass er einer Rüge nicht abhelfen will, so kann der betroffene Bewerber oder Bieter wegen dieser Rüge nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen zulässigen Nachprüfungsantrag stellen.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

08/08/2017